

Beantwortung der Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände (LAGF)

Antworten der Partei DIE LINKE

Themenbereich Bildung

1. Bildung in Kindertageseinrichtungen

Bildungserfolg muss unabhängig von der sozialen oder regionalen Herkunft der Kinder möglich sein. Vorschulische Bildung und individuelle Förderung müssen ausgebaut werden, um gleiche Startchancen für alle zu bieten.

1. Sind Sie der Meinung, dass ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagskita-Platz für alle ab dem ersten Lebensjahr gerechtfertigt ist?

Ja, wir sind dieser Meinung, dass alle Kinder, deren Eltern dies wünschen, einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz haben. Der existierende Halbtagsanspruch in der Kinderbetreuung benachteiligt Kinder, deren Eltern arbeitslos oder teilzeitbeschäftigt sind, beim Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und frühkindlicher Bildung.

Dies betrifft heute ca. 40 Prozent der Kinder in Kindertagesstätten. Damit trifft es diejenigen Kinder, die ohnehin zumeist aus sogenannten „bildungsfernen“ oder armutsgefährdeten Familien stammen. Der Halbtagsanspruch verursacht bereits im frühen Kindesalter Erfahrungen des Ausgegrenztwerdens, er ist Ausdruck mangelnder Chancengleichheit beim Start ins Leben. Deshalb will DIE LINKE den Anspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder, unabhängig vom sozialen oder Erwerbsstatus ihrer Eltern, wieder einführen.

2. Sollten Familien, die ihr Kind häuslich betreuen, eine finanzielle Anerkennung durch das Land erhalten?

Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Zur Kompensation der aus der Erziehung der Kinder für die Eltern entstehenden Kosten, fordert DIE LINKE höhere Rentenansprüche für Kindererziehung und Pflege und eine Ausweitung der Anrechnung von Erziehungszeiten. Ebenso schlagen wir auf Bundesebene die Einführung einer Kindergrundsicherung vor. Dazu soll in einem ersten Schritt das Kindergeld auf 200 Euro erhöht und langfristig eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung in Höhe von 420 Euro eingeführt werden.

Ein Landeserziehungsgeld lehnt DIE LINKE ab. Das Beispiel Thüringen hat gezeigt, dass gerade die sogenannten bildungsfernen Familien vom Erziehungsgeld Gebrauch machten und ihre Kinder nicht an Bildung, Betreuung und Erziehung teilhaben ließen.

3. Befürworten Sie eine Fortschreibung des Bildungsprogramms „Bildung elementar – Bildung von Anfang an“? Wie verbindlich sollte dessen Umsetzung in den Kitas sein?

DIE LINKE setzt sich für eine Fortschreibung des Bildungsprogramms ein. Das Programm bedarf im Hinblick auf diversity management einer Konkretisierung; dies schließt die pädagogische Arbeit mit Kindern mit Migrationshintergrund ebenso ein, wie diejenige mit

behinderten oder von Behinderung bedrohten Kindern. Auch für den Hortbereich sind entsprechende Standards zu entwickeln.

Nach unserer Auffassung sollte „Bildung elementar“ Bestandteil der Ausbildung von ErzieherInnen sein und in allen Kindertagesstätten als verbindlicher Orientierungsrahmen pädagogischer Arbeit verstanden werden.

4. Welches Ausbildungsprofil für die pädagogischen Fachkräfte würden Sie befürworten?

Das pädagogische Rahmenprogramm des Landes sollte auch eine wichtige Orientierung für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sein. Leider hat sich gezeigt, dass es erst Jahre nach seiner Veröffentlichung Einzug in die Fachschulausbildung für ErzieherInnen gefunden hat. Wir erwarten, dass die Ausbildungsinhalte zügig den aktuellen pädagogischen Schwerpunktsetzungen sowie weiteren Regelungen für die Arbeit in KiTas angepasst werden. Die im Rahmen der Fachschulausbildung tatsächlich vermittelten Kompetenzen sollten analysiert werden. Aus der Praxis wird immer wieder Kritik an den Fähigkeiten der Absolventinnen und Absolventen laut. Das betrifft unter anderen Fähigkeiten im musischen und künstlerischen Bereich.

DIE LINKE begrüßt und unterstützt den Ausbau des Studiengangs „Bildung, Erziehung und Betreuung im Kindesalter - Leitung von Kindertageseinrichtungen“ der HS Magdeburg-Stendal hin zu einem grundständigen Studium für Erzieherinnen und Erzieher. Wir treten dafür ein, dass langfristig an den KiTas Erzieherinnen und Erzieher über eine Hochschulausbildung verfügen müssen. Die Normen für die Personalausstattung von KiTas sind in diesem Zusammenhang neu zu bestimmen. Wir halten einen „Mix der Professionen und Qualifikationen“ für sinnvoll.

2. Bildung in der Schule

Nur mit dem Ausbau der personellen und finanziellen Kapazitäten der Schulen, eine Modernisierung der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte sowie einem Ausbau der Schulsozialarbeit kann eine individuelle Förderung aller Talente im Land gelingen.

Vorbemerkung:

DIE LINKE steht ausdrücklich für eine chancengleiche individuelle Förderung aller Talente im Rahmen der Schulbildung in Sachsen-Anhalt. Der in Ihrer Einleitung zu den Fragen enthaltenen Feststellung, dass dieses Ziel u.a. nur mit einem Ausbau der personellen und finanziellen Kapazitäten der Schulen erreicht werden kann, stimmen wir nicht uneingeschränkt zu.

Zwar sehen auch wir hier erhebliche Defizite.

Gleichwohl müssen wir davon ausgehen, dass in der nächsten Wahlperiode sich an den Schulen die Personalsituation verschlechtern wird und die finanziellen Spielräume des Landes enger werden. Wir haben die Ursachen für diese Entwicklung immer kritisiert. Die ungenügenden Möglichkeiten, den Personalbedarf zu decken, liegen an den zu geringen Ausbildungskapazitäten in Sachsen-Anhalt, hier hätte schon längst umgesteuert werden müssen. Die zugespitzte Haushaltssituation in Sachsen-Anhalt hat ihre Ursachen vor allem im Verzicht der Bundespolitik auf Steuereinnahmen auf Grund zu geringer Belastung hoher Gewinne, Einkommen und Vermögen. Durch die sogenannte Schuldenbremse wird die Situation noch verschärft. Es ist bekannt, dass wir hier ein Umsteuern fordern.

Dennoch müssen wir für unsere politischen Ziele in der nächsten Wahlperiode davon ausgehen, dass sich die Lage nicht grundlegend ändert.

Wir sehen unsere Aufgabe auch darin, unter diesen schwierigen Bedingungen realistische und sozial gerechte Politikangebote zu unterbreiten. Wir wollen eine Schulreform auch unter diesen schwierigen Bedingungen und nicht warten, bis uns deutlich mehr Ressourcen zur Verfügung stehen.

Wir können auch nicht übersehen, dass im Schulbildungsbereich in Sachsen-Anhalt im Bundesvergleich nicht geringe personelle und finanzielle Kapazitäten eingesetzt werden. In den Ergebnissen zeigt sich dieser erhebliche Einsatz leider nur ungenügend. Deshalb stellen wir inhaltliche, auch strukturelle Forderungen ins Zentrum. Wenn sich am Schulsystem nicht viel ändert, bezweifeln wir, dass mehr finanzielle und personelle Ressourcen uns jenen Zielen näher bringen, die wir weitgehend mit Ihnen teilen.

1. Wie sollte ein modernes Schulsystem Ihrer Meinung nach aussehen?

DIE LINKE hat ein Schulreformkonzept der Öffentlichkeit im vergangenen Herbst vorgestellt (http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/fileadmin/Fotos/Konzept2011/1010_Schule.pdf).

Unser Ziel ist ein Schulsystem, das soziale Chancengleichheit mit hoher Bildungsqualität verbindet. Das in der Lage ist, individuell und differenziert zu fördern, Nachteile auszugleichen und den Lernprozess der Kinder und Jugendlichen zum Ausgangspunkt und zum Ziel allen schulischen Handelns macht, Kinder und Jugendliche ernst nimmt, nicht ausgrenzt und nicht beschämt.

Deshalb treten wir für ein weitgehend wohnortnahes Netz von Grundschulen ein. Wir wollen Grundschulen, in denen alle Kinder willkommen sind und angenommen werden, Kinder mit und ohne Behinderungen, Jungen und Mädchen, mit unterschiedlichen Erfahrungen und kulturellem und sozialem background.

Nach der vierjährigen Grundschule sollen die Kinder gemeinsam mit ihren Eltern eine Schule nach Interessen und Neigungen wählen können, ohne dass schon Entscheidungen über mögliche Bildungsperspektiven und -abschlüsse abgenötigt werden bzw. mit der Wahl eine Einschränkung von Bildungsangeboten verbunden ist. In der nächsten Wahlperiode wollen wir dazu vor allem die Sekundarschulen stärken und auch die Gymnasien verändern. In der weiteren Perspektive streben wir in der Sekundarstufe I eine einheitliche Schulform mit vielfältigen Profilen an.

Eine moderne Schule soll nach unseren Zielen eine lebensverbundene demokratische Schule sein. Wir wollen, dass sich die Schulen öffnen in ihren Sozialraum, wir wollen aber auch ein praxisbezogenes Bildungsangebot. Auf die Entwicklung eines polytechnischen Profils legen wir daher besonderen Wert. Bildung in den Schulen soll universelle Menschenbildung sein und helfen, Verantwortung im Leben zu tragen, selbstbestimmt zu handeln, weiter zu lernen aber auch im Beruf zu bestehen. Solidarität und Toleranz sollen die Schülerinnen und Schüler an den Schulen positiv erfahren können.

Schulen, wie wir sie uns vorstellen, sollen sozialpädagogische Arbeit als ihren ureigenen Auftrag verstehen.

2. Wie wollen Sie den Umbau von Schulen zu sozialen Bildungs- und Lernzentren mit besseren Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler, sowie deren individueller Förderung vorantreiben?

Um die skizzierten Ziele zu erreichen und auch den von Ihnen in der Fragestellung genannten Forderungen – die wir teilen – gerecht zu werden, spielen die Lehrerinnen und Lehrer die zentrale Rolle.

Unser Ziel ist es, gerade sie für einen Aufbruch im Schulwesen zu gewinnen. Deshalb werben wir für unsere Konzeption für die Entwicklung der Schulen in Sachsen-Anhalt und werden alles dafür tun, die Lehrkräfte von Anfang an in die Reform einzubeziehen. Darüber hinaus geht es darum, breite gesellschaftliche Akzeptanz zu erwerben. Wir werden vorschlagen, zur Begleitung der Reform ein Gremium zu berufen, dessen Mitglieder ein breites demokratisches gesellschaftliches Spektrum repräsentieren.

Darüber hinaus wollen wir eine Fortbildungsinitiative initiieren für Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiterinnen und Schulleiter.

Besonderes Augenmerk richten wir auf die Sekundarschulen. Schrittweise sollen an ihnen Ganztagsangebote entsprechend ihres Schulprofils entwickelt werden.

Es wird angesichts der schwierigen Personal- und Haushaltssituation notwendig sein, neue Ressourcen für die Bildung und die Schulen zu erschließen und zu mobilisieren, vorhandene effektiver einzusetzen.

Die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer soll durch weitere Fachkräfte entlastet und ergänzt werden.

Wir treten für regionale Bildungslandschaften ein, in denen sich Kommunen mit ihren Mitteln und Möglichkeiten noch stärker für Bildung engagieren können.

Die Ausbildungskapazitäten müssen bedarfsgerecht erweitert, die Ausbildung inhaltlich qualifiziert werden.

Nicht zuletzt wollen wir so wichtige soziale Bedingungen für den Schulbesuch wie die Kostenentlastung für die Schülerbeförderung und die Ausleihmöglichkeiten für Schulbücher bewahren und dafür sorgen, dass alle Grundschul- und Kindergartenkinder, die bedürftig sind, ein warmes Mittagessen zum Preis von höchstens 1 Euro erhalten.

3. Förderung von Familienbildung / Elternarbeit

Die Förderung der Familie und der Familienbildung ist politisch stärker in den Blick zu nehmen, um gesellschaftliche Stabilität als Basis funktionierender Sozialsysteme zu gewährleisten. Die Herausforderung, mit denen Familien heute konfrontiert werden, haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr verändert. Unter der Devise:“ Lernen, Familie zu leben“ versteht sich Familienbildung als ein wichtiger präventiver Arbeitsbereich im Gesamtbild der Familienförderung. Besonders stehen dabei Angebote für Eltern mit Erziehungsverantwortung im Mittelpunkt. In Sachsen-Anhalt wurden kontinuierliche Schritte gegangen, um den Bereich der Familienförderung auszubauen bzw. Angebote auf regionaler Ebene anzuregen. Die Familienverbände als Lobby für Familie werden dabei vom Land Sachsen-Anhalt unterstützt.

1. Wie wollen Sie den Weg der Familienförderung weiter gestalten?

2. Wie sehen Sie künftig die Rolle der Landesfamilienverbände und der Familienzentren?

3. In welchem Maße werden Sie den bedarfsgerechten Ausbau der Familienbildungsangebote vorantreiben? Wo werden Sie Schwerpunkte setzen?

4. Wie stehen Sie zum Aufbau von Familienzentren mit Angeboten der Elternarbeit und Familienbegegnung, gegebenenfalls unter Einbeziehung von Kindertagesstätten? Werden Sie das mit Investitionen unterstützen?

5. Wie sehen Sie in Zukunft die Rolle präventiver Beratungsangebote für Familien im Kontext der Neustrukturierung der Beratungslandschaft?

6. Werden Sie sich für die Stärkung des Themas „Familienbildung“ im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung des Landes einsetzen?

7. Wie sehen Sie zukünftig die Rolle des Landesbündnisses für Familien Sachsen-Anhalt?

Antworten 1-7:

Grundsätzlich versteht DIE LINKE Träger, Vereine, Verbände und Initiativen, die im Bereich der Familienarbeit tätig sind, als Partner, deren Erfahrungen und Ideen wichtige Impulse für politisches Handeln bieten. Der Dialog zwischen Politik und den Expertinnen und Experten der Familienarbeit sollte aufrechterhalten und in Zukunft intensiviert werden.

Die Familienförderung des Landes – von der Unterstützung kommunaler Maßnahmen bis hin zur Förderung der Landesfamilienverbände – ist im Grundsatz gut aufgestellt. Im Rahmen der Projektförderung wird es zukünftig immer wichtiger werden, Familien aus sogenannten bildungsfernen oder armutsgefährdeten Milieus zu erreichen, wie dies in der Vergangenheit mit einigen Projekten gut gelungen ist. Dieser Trend sollte fortgesetzt werden. Die Angebote der Familienzentren werden zum großen Teil überwiegend von Frauen und weniger von Männern in Anspruch genommen. Hier sehen wir zumindest einen Anlass, diesen Zustand zu hinterfragen und nach Lösungswegen zu suchen. Darüber hinaus sieht DIE LINKE im Zentrum frühe Hilfen, den Familienpaten, den Familienhebammen, den Kinderschutzfachkräften und den lokalen Kinderschutznetzwerken geeignete Maßnahmen, die fortgesetzt werden sollen. Für die Familienverbände, dies gilt im Übrigen auch für alle überörtlich tätigen Träger der Kinder- und Jugendhilfe, strebt DIE LINKE verlässliche Finanzierungsmodelle mit mehrjähriger Laufzeit an.

Für die kommunalen familienpolitischen Maßnahmen ist eine aufgabenbezogene Finanzausstattung der Kommunen über das FAG unerlässlich, um die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe in die Lage zu versetzen, die bereits existierenden Instrumente der Familienhilfe auch entsprechend anwenden zu können. Unbedingt zu prüfen ist die Verwendung der UVG-Rückflüsse für kommunale familienpolitische Maßnahmen gemäß FamFöG. In der Vergangenheit hat sich hier leider gezeigt, dass die Landkreise und kreisfreien Städte höchst unterschiedlich mit diesen Geldern umgehen. Hier muss ggf. gesetzlich nachjustiert werden.

Die Integration verschiedener Angebote in gemeinsame Projekte (Kooperation Kita, Elternarbeit etc.) unterstützt DIE LINKE. So können Wege kurz gehalten und eine fachübergreifend ganzheitliche Betreuung und Beratung gewährleistet werden. Die Schaffung integrierter Beratungsstellen hält DIE LINKE deshalb auch für einen wichtigen Impuls für die momentan laufenden Gespräche zur Neustrukturierung der Beratungsstellenlandschaft. DIE LINKE wird sich für eine Stärkung des Themas „Familienbildung“ im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung wie auch in der schulischen allgemeinen und beruflichen Bildung sowie in entsprechenden Bereichen der Aus-, Fort- und Weiterbildung einsetzen.

Ohne Zweifel ist das Landesbündnis für Familien breit aufgestellt und bietet Raum für fachlichen Austausch. Der Dialog zwischen den Akteuren ist uns wichtig. Vom Landesbündnis für Familien erhoffen wir uns jedoch zukünftig mehr Verbindlichkeit und konkretere Vorschläge in Richtung Landespolitik.

Themenbereich Demografie

Der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung wächst. Allzu oft wird diese Seite der demographischen Entwicklung defizitorientiert diskutiert und zu wenig als Chance für die Gesellschaft begriffen. Dabei erfüllt sich durch den Anstieg der Lebenserwartung ein Menschheitstraum. Selbstbestimmte Teilhabe ist in diesem Fall ein Schlüsselwort für ein neues Altersbild. Dies stellt die Gesellschaft aber auch vor große Herausforderungen, Teilhabe z.B. im ländlichen Raum zukünftig abzusichern. Gleichzeitig verändert eine älter werdende Gesellschaft ihre Präferenzen, dies Kann für Jüngere zum Problem werden.

1. Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen oder ausbauen, um selbstbestimmte Teilhabe auch im Alter zu ermöglichen (insbesondere im ländlichen Raum)?

Eine wichtige Rolle spielt aus unserer Sicht die Sicherung einer selbstbestimmten Mobilität. Wir haben deshalb in allen von uns in die öffentliche Debatte gebrachten Entwicklungskonzeptionen der Aufrechterhaltung und dem Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs eine zentrale Rolle beigemessen. Die Angebote müssen dazu in verschiedener Hinsicht barrierefrei gestaltet sein. Das betrifft nicht nur geeignete Einstiegsmöglichkeiten sondern auch Stationsansagen, bedienfreundliche Automaten und Auskunftssysteme, gut erkennbare Hinweissymbole u.v.a.m.. Darüber hinaus sind sinnvolle Fahrzeiten und die Abstimmung der Fahrpläne von Bedeutung. Angesichts der gerade im ländlichen Raum geringen Nutzerdichte sind auch wirtschaftlich effektive Angebote weiter zu entwickeln, wie Rufbusse oder Bürgerbusse.

Wir treten dafür ein, dass neben der Mobilität auch die Angebote besonders in den Bereichen von Kultur, Bildung, Sport und Medizin den Bedürfnissen älterer Menschen besser gerecht werden. Bei der weiteren Ausgestaltung solcher Angebote müssen ältere Menschen als Akteure verstanden werden nicht nur als Hilfs- und Pflegebedürftige. Mit der Konzeption von grundzentralen Versorgungsräumen und einem relativ gut erreichbarem Netz von Mittelzentren in der Landesentwicklungsplanung wollen wir – auch angesichts sich verschärfender Probleme in der Besiedlungs- und Bevölkerungsstruktur – weitgehend auch in der Fläche ein attraktives Angebot sichern, was nicht nur für Seniorinnen und Senioren von Bedeutung ist (siehe www.sachsen-anhalt-lebenswert.de).

DIE LINKE will dafür Sorge zu tragen, dass das Engagement und die reichen Erfahrungen der älteren Bürgerinnen und Bürger das gesellschaftliche Leben, die Gemeinschaft in Stadt und Land mit prägen können. Das ist aus unserer Sicht unverzichtbar für ein erfülltes Leben im Alter wie für unsere gesamte Entwicklung. Es ist deshalb erforderlich, für ehrenamtliche Arbeit neue Wege zu erschließen, was stabile Strukturen und professionelle Beratung einschließt, und auch Möglichkeiten zu schaffen, dass ältere Menschen einen wertvollen Betrag in Schulen oder Kindergärten, im Rahmen von Mehrgenerationenhäusern, als SeniorberaterIn und Pate für junge Unternehmen oder als BegleiterIn von Jugendlichen auf dem Weg in Ausbildung und Beruf leisten können.

2. Wie wollen Sie erreichen, dass die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und jüngeren Familien in einer älter werdenden Gesellschaft ausreichend Berücksichtigung finden?

Eine älter werdende Gesellschaft und die Bedürfnisse der jungen und jüngsten Generation müssen kein Widerspruch sein. Vielmehr erleben wir, dass die Mehrheit der Seniorinnen und Senioren ein vitales Interesse an den Bedürfnissen ihrer Kinder und Enkel hat. Diesen Dialog zwischen den Generationen aufrechtzuerhalten und auszubauen ist uns wichtig.

Mehrgenerationenhäuser, aber auch das Einbeziehen des Wissens und der Erfahrungen der älteren Generation in den Schulunterricht, die Kita und die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sind wichtige Elemente, um eine Annäherung von jung und alt zu ermöglichen. Dieser Dialog bietet beiden Seiten die Chance, Bedürfnisse, Wünsche und Ideen zu artikulieren.

Daneben existiert eine Reihe von Bedürfnissen, die hohe Schnittmengen zwischen jung und alt aufweisen. Erreichbare Einkaufsmöglichkeiten, ein vertretbarer Weg zum Arzt, Kultur- und Freizeitangebote in der Nähe etc. sind für die jüngere wie die ältere Generation gleichermaßen von Bedeutung. DIE LINKE hat einen alternativen Landesentwicklungsplan erarbeitet, der mit dem Modell des grundzentralen Versorgungsraumes Lösungen vorschlägt, Daseinsvorsorge und Infrastruktur auch im ländlichen Raum in angemessener Weise zu sichern.

3. Wie wollen Sie Menschen motivieren, in Sachsen-Anhalt zu leben und Familien zu gründen?

Eine zentrale Rolle bei der Entscheidung, hier zu bleiben oder wegzuziehen, spielen augenscheinlich attraktive Berufsperspektiven und gute Einkommensbedingungen. Das kann Politik nicht allein bewirken. Sie kann und muss aber mehr als bisher Bedingungen schaffen und wieder aktiver werden.

Hierzu hat DIE LINKE eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Sie reichen vom Zurückdrängen prekärer Arbeitsverhältnisse durch ein Vergabegesetz über einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit Mindestlohn, mehr Stellen im öffentlichen Dienst bis zur Innovationsstrategie zur Ansiedlung von Unternehmen.

Darüber hinaus muss das gesellschaftliche Umfeld kinder-, jugend- und familienfreundlicher gestaltet werden. Dazu sind auch entsprechende finanzielle Mittel zu erhalten bzw. bereitzustellen. Ebenso ist eine gute Infrastruktur für Betreuung, Bildung und Erziehung wichtig, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. DIE LINKE hat mit den Konzepten einer kommunalen Sozialpauschale und eines kommunalen Familienpasses Modelle entwickelt, die es ohne großen bürokratischen Aufwand ermöglichen, den Kommunen für eigene, lebensraumbezogene und wohnortnahe familienpolitische Aktivitäten gebündelt und pauschal finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, die bisher erheblich „zersplittert“ waren.

DIE LINKE sieht Betriebe und Unternehmen in der gesellschaftlichen Verantwortung, sich auf die Bedürfnisse von Familien und ihren Kindern verstärkt einzustellen. Der Wirtschaft selbst unterstellen wir ein Interesse an familienfreundlichen Unternehmensstrukturen, da diese die betriebliche Atmosphäre und die Arbeitsmotivation positiv beeinflussen und somit zu

Leistungs- und Produktivitätssteigerungen beitragen können. Dies geschieht bisher in ungenügendem Maße.

DIE LINKE wird sich daher für die Schaffung von Anreizen für familienfreundliche Strukturen im Unternehmen einsetzen. Dazu können die Einrichtung und öffentliche Förderung von Betriebskindergärten, Betriebspatenschaften mit Kindertageseinrichtungen und die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle wie z.B. Jobsharing zählen. Konkrete Maßnahmen sollen dabei im Dialog mit der Wirtschaft entwickelt werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für DIE LINKE zentrales Anliegen.

Angesichts der anhaltenden demografischen Entwicklung halten wir es für geboten, verstärkt um junge Menschen zu werben. Sie sollen auch aus anderen Bundesländern und dem Ausland nach Sachsen-Anhalt kommen und hier gute Studien-, Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie eine attraktive kulturelle und soziale Infrastruktur vorfinden. Dadurch motivieren wir junge Menschen ihre Perspektive in Sachsen-Anhalt zu suchen oder sich in ihrer Herkunftsregion als Werbende für unser Land einzusetzen.

Themenbereich Armut und Teilhabe

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) war im Jahr 2009 mehr als jeder fünfte Mensch in Sachsen-Anhalt arm oder armutsgefährdet. Nur in Mecklenburg-Vorpommern ist die Armutsquote noch höher. Die Armut trifft besonders Familien mit Kindern und hier in erster Linie Alleinerziehende.

1. Was werden Sie tun, um die Lebenssituation insbesondere der armen Familien im Land und ihre gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten zu verbessern?

Siehe Antwort 4

2. Wie werden Sie Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungschance vorantreiben?

Siehe Antwort 4

3. Besonders im ländlichen Raum verhindert mangelnde Mobilität armer Familien Teilhabemöglichkeiten. Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie?

Mobilität ist heute eine wesentliche Voraussetzung für eine ungehinderte Teilhabe am öffentlichen Leben. Das gilt für die Erreichbarkeit von Kita, Schule und Handelseinrichtungen genauso wie für die gesundheitliche Versorgung sowie für Kultur und Sport. Insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen sind, weil sie über keinen PKW verfügen, von vielen Bereichen der Gesellschaft abgehängt. Eine Alternative bieten öffentliche Verkehrsmittel, deren Preise aber erschwinglich sein müssen.

DIE LINKE setzt sich deshalb für die Einführung von Sozialtickets ein, die für einkommensschwache Personen einen deutlich reduzierten Fahrpreis im jeweiligen Landkreis oder der kreisfreien Stadt sowie in den regionalen Verkehrsbünden ermöglichen sollen. Dazu wird Die LINKE im Rahmen des ÖPNV-Gesetzes die zur Verfügung stehenden Fördermittel so einsetzen, dass die Kommunen, die ein Sozialticket einführen, besser bezuschusst werden.

Das Ziel besteht darin, flächendeckend Sozialtarife anzubieten, um jedem an jedem Ort eine angemessene Mobilität zu ermöglichen. Auf vorstehende Antworten wird verwiesen.

4. Was halten Sie von einer kostenfreien Mittagsversorgung in Kita und Schule?

Aus unserer Sicht liegen die hauptsächlichen Möglichkeiten, Armut zu bekämpfen, auf Bundesebene. Hier setzt sich DIE LINKE seit langem für eine Anhebung der Regelsätze auf 500 Euro ein. Weiterhin ist Ziel unserer Partei, das Kindergeld auf 200 Euro zu erhöhen und zu einer Kindergrundsicherung in Höhe von 420 Euro auszubauen. Vor allem auch unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn ist hier von zentraler Bedeutung. Diese Vorhaben werden wir über entsprechende Bundesratsinitiativen voranbringen.

Auf Landesebene sehen wir unter anderem Lösungen im Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit Mindestlohn und der Verabschiedung eines Vergabegesetzes. Gleichwohl ist uns bewusst, dass das alles die Lebenssituation für viele nicht sofort grundlegend verbessern wird.

Deshalb ist es weiter erforderlich, diskriminierende Regelungen zu überwinden und Nachteilsausgleich zu gewährleisten.

Dazu zählt die Wiedereinführung des Kita-Ganztagsanspruches für alle Kinder. Auf die Antworten zur Bildung wird verwiesen.

Unser Ziel ist, eine Landesförderung aufzulegen, die es ermöglicht, allen bedürftigen Kindern in Kindertagesstätten und Grundschulen, eine warme Mittagsmahlzeit zum Preis von höchstens 1 Euro anzubieten. Wir sind uns bewusst, dass das nicht alle Probleme löst und auch wir können uns weitergehende Regelungen, etwa wie Sie sie vorschlagen, vorstellen. Eine realistische Betrachtung der haushalterischen Spielräume – auch angesichts weiterer Forderungen und Ziele, die uns wichtig sind – hat dazu geführt, uns unter den derzeit absehbaren Bedingungen auf die beschriebene Zielstellung zu beschränken.

Sollten die Verhandlungsergebnisse zum sogenannten Hartz IV Paket in dieser Frage neue Rahmenbedingungen ergeben, werden wir sie in die Überlegungen einbeziehen.